



„Am Sternenbanner das Geschick der Arbeiterklasse“ 150 Jahre Beziehungen zwischen deutscher Sozialdemokratie und den USA. Otzenhausen: Europäische Akademie Otzenhausen, Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz, Stiftung Demokratie Saarland, Deutsch-Amerikanisches Institut Saarbrücken, 23.11.2012-25.11.2012.

Reviewed by Werner Kremp

Published on H-Soz-u-Kult (February, 2013)

Das über 150 Jahre dauernde „spannende und spannungsvolle Verhältnis“ – so der Tagungsorganisator Werner Kremp – zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den Vereinigten Staaten von Amerika aus transnationalem Blickwinkel zu betrachten war Ziel dieser Tagung. Dabei stand die Frage nach den Folgen der Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit den USA für die innerparteiliche Entwicklung im Vordergrund.

BEATRIX BOUVIER (Berlin) hob die Bedeutung der politischen Publizistik von Karl Marx als Quelle für eine Neubewertung dessen Amerikabilides hervor. Anfänglich dienten ihm die USA als positives Gegenbild zu Preußen. Das allgemeine Wahlrecht als Grundbedingung für politische Freiheit und gesellschaftlichen Aufstiegs bestimmte die Sicht auf die Vereinigten Staaten. Dies illustrierte die Beurteilung Abraham Lincolns als ‚Durchschnittsnatur‘, die aufgrund der demokratischen Verfassung zum Präsidenten habe aufsteigen können.

ANDREW ZIMMERMAN (Washington, D.C.) beschäftigte sich mit dem Wandel militärischer wie politischer Strategien in der Sicht Marx‘ von 1848 bis zum Amerikanischen Bürgerkrieg. Die von Bouvier aufgezeigten Perspektiven hätten Amerika zu einem beliebten Auswanderungsland für die gescheiterten Revolutionäre gemacht. Allerdings habe diese die Realität eingeholt, die USA

galten unter den eingewanderten Marxisten bald als „langweilig“. Dies habe sich mit dem Beginn des Bürgerkrieges geändert, da nun für die Exilanten eine Art „rematch“ der Revolutionskriege habe stattfinden können. Daraus sei ein fruchtbarer Erfahrungsaustausch entstanden. Die Rückkopplung der militärischen und politischen Strategien der Unionisten nach Europa habe zu einer Beeinflussung der Positionen der Ersten Internationalen geführt: Der Kampf gegen die Lohnarbeit wurde zum strukturell vergleichbaren Bruder des Kampfes gegen die Sklavenarbeit.

JÜRGEN SCHMIDT (Berlin) fragte in seinem Beitrag nach der transnationalen Perspektive des Amerikareiseberichts von Wilhelm Liebknecht aus dem Jahr 1887. Frappierend falle zunächst auf, dass in den Schilderungen bis auf wenige Ausnahmen auf jedwede Agitation zugunsten des Sozialismus verzichtet werde. Vielmehr trage das Buch Züge einer Lobeshymne auf die amerikanische Gesellschaft. Liebknecht selbst habe genau über den Rahmen der Gestaltungsmöglichkeiten für den Reisebericht reflektiert. Dieser sei auf der einen Seite durch Zensur gefährdet gewesen, auf der anderen Seite sollte auch ein bürgerliches Publikum angesprochen werden. Daher rühre der Versuch, durch die Betonung der positiven Seiten der amerikanischen Gesellschaft die negativen Aspekte des deutschen Umfeldes aufzuzeigen. Als

Folge dessen lasse sich die genannte Frage nach der transnationalen Perspektive nur verneinen.

Auf den Blick der nächsten Generation sozialdemokratischer Entscheidungsträger auf das Land jenseits des Atlantiks ging eindrücklich DIETER K. BUSE (Ontario) in seinem Vortrag ein. Bisher sei generell den Reiseberichten linksstehender Besucher der USA in der Forschung wenig Beachtung geschenkt worden. Dabei sei das Bild über das Land gerade bei sozialdemokratischen Politikern wesentlich genauer und damit auch als Folie für eigene Ziele abrufbarer gewesen als bisher angenommen. Im Vergleich zu Wilhelm Liebknechts Reisebericht habe dessen Sohn Karl bereits ein viel differenzierteres Amerikabild propagiert. In seiner Wahrnehmung glichen sich Republik und Monarchie in der Unterdrückung der Arbeiterklasse. Carl Legien beschrieb ebenso die Opfer des Kapitalismus wie auch die Prüderie der amerikanischen Gesellschaft, kam aber zu weniger eindeutigen Befunden. Als nicht selbst vor Ort gewesener Sozialdemokrat beschäftigte sich Friedrich Ebert trotzdem mit den Verhältnissen dort. Seine Haltung könne kaum als konsistent beschrieben werden und sei vielen Richtungswechseln unterworfen gewesen. Grundsätzlich habe sich vor allem die eigene ideologische Prägung (links-revolutionär, gemäßigt, pragmatisch) auch hinsichtlich der Deutungen der USA durchgesetzt.

Mit der Bedeutung der USA für die sozialdemokratische Position des Antiimperialismus vor dem 1. Weltkrieg befasste sich JENS-UWE GÜTTEL (Philadelphia). Er betonte das Spannungsfeld zwischen der positiven Wahrnehmung der republikanischen Verhältnisse sowie den vielfältigen Aufstiegschancen einerseits und der Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung durch das kapitalistische System andererseits. Dieses Bild sei wesentlich durch die expansiven Bestrebungen der aufstrebenden Großmacht in einem negativen Sinne erweitert worden. Gleichzeitig wurde die Verteidigung des Kolonialismus durch die USA von den innerdeutschen Gegnern der Sozialdemokratie ge-

gen diese verwendet. In diesem Sinne sei der anti-kolonialistische Kurs der Partei direkt von amerikanischen Diskursen mitgeprägt worden. Die Abwehrhaltung gegenüber jedwedem Imperialismus könne also als eine transnationale Position gesehen werden.

Die Frage nach vergebenen Hegemonialpotentialen von SPD und USA nach dem Ersten Weltkrieg beschäftigte MORITZ RUDOLPH (Berlin) in einem theoriegesättigten Beitrag. Die Weimarer Republik sowie das internationale Staatensystem seien nach 1918 unterinstitutionalisiert gewesen und hätten durch einen klaren Willen zur Macht – ausgedrückt in der Bereitstellung öffentlicher Güter und konsensualer Beschlüsse – stabilisiert werden können. Als Ergebnis der Untersuchung, die sich vor allem an der ökonomisch ausgerichteten Hegemonialtherorie Antonio Gramscis orientierte, stand die These, dass beide Akteure durch zu schnelles Sichzurückziehen aus der Rolle des Hegemons die innen- wie außenpolitischen Systeme nachhaltig destabilisiert hätten. Der Befund führte zu einer lebhaft geführten Debatte, in der mehrheitlich Zweifel an der Möglichkeit der SPD, allgemein eine dauerhafte Hegemonialstellung in einem demokratischen Staat übernehmen zu können, formuliert wurden.

In seiner Betrachtung der Gewerkschaftsbewegungen in Deutschland und den USA verwies THOMAS WELSKOPP (Bielefeld) darauf, dass es nicht möglich sei, eine Verflechtungsgeschichte dieser Beziehungen zu schreiben. Lange Zeit habe es nur eine parallele, wenn auch zeitversetzte Entwicklung gegeben. Dies gelte aber nur bis zur Ausdifferenzierung in betriebsorientierte Berufsgewerkschaften in den Vereinigten Staaten und in flächengewerkschaftlich ausgelegte Verbände in Deutschland. Das Verständnis für die gegensätzlichen strukturellen Voraussetzungen der beiden Länder sei jedoch nur äußerst gering ausgeprägt gewesen. Daher sei es zu einem tiefgreifenden, beiderseitigen Unverständnis gekommen. Den deutschen Gewerkschaftlern sei die Fixierung auf

Betriebsgewerkschaften ebenso fremd gewesen, wie den amerikanischen Vertretern der Versuch, die Gewerkschaftsarbeit zu politisieren.

REINER BEHRING (Köln) eröffnete mit seinem Beitrag die Perspektive auf das Verhältnis von SPD und USA nach 1945 am Beispiel der aus dem US-Exil zurückkehrenden Sozialdemokraten. Aus den in den USA gemachten Erfahrungen von Demokratie und Freiheit sowie deren Rückwirkung auf die deutsche Sozialdemokratie entwickelte Behring die These, dass Ideen wie Westbindung und Errichtung einer am Modell der USA orientierten Staatengemeinschaft in Europa in Deutschland populär geworden seien. Dagegen wurde in der Debatte die Frage laut, ob der Anschluss an westlich-amerikanische Ideale nicht vielmehr für die Exilanten ein Festhalten an Weimar bedeutet habe. Behring verwies darauf, dass es für diese Sozialdemokraten nicht unbedingt ein Widerspruch gewesen sein müsse, daran festzuhalten und zugleich die erneut entdeckten Werte der USA hochzuhalten.

Anhand des Vergleichs mehrerer Lebensweganalysen von SPD-Politikern versuchte MAX REINHARDT (Kaiserslautern), die Diversität des Amerikabildes in der deutschen Nachkriegssozialdemokratie aufzuzeigen. Die USA böten aufgrund des Versprechens von Offenheit und Freiheit eine gute Möglichkeit, Habitus und Gesellschaftsverständnis der Politiker zu untersuchen, gälten aber zugleich als eine kalte und marktradikale Gesellschaft. Es zeige sich, dass die aktuelle Generation politischer Entscheidungsträger der SPD ein reserviertes Bild gegenüber der amerikanischen Sozialstaatlichkeit hätten, dies treffe für Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann zu, während Vertreter der Nachkriegsgeneration, namentlich Hans Koschnik und Hermann Rappe, mehr die grundlegenden Versprechen der USA als Positivfolge gesehen hätten.

Einen dezidiert landesgeschichtlichen Blick warf WILFRIED BUSEMANN (Kleinblittersdorf) auf die Eindrücke der in die USA gereisten saar-

ländischen Sozialdemokraten zwischen 1957 und 1962. Bis zu diesen Reisen habe es keine dezidierte Amerikavorstellung im sozialdemokratischen Milieu des Saarlands gegeben, die über die Befreiung von den Nationalsozialisten hinausginge. Die Darstellung der Reisererfahrungen wiederum spiegelte landespolitische Themen wider, zumeist das Fehlen sozialer Sicherungssysteme. Insgesamt zeige sich freilich eine stärkere Faszination für das technisch Machbare ‚drüben‘, was als Teil einer Entpolitisierung des Modernisierungleitbildes USA gesehen werden könne.

Sowohl DANIELA MÜNDEL (Berlin) wie auch BERND SCHAEFER (Washington D.C.) zeichneten anschließend das wechselseitige Verhältnis zwischen Willy Brandt und den USA mit einem verflechtungsgeschichtlichen Ansatz nach. Die Ostpolitik Brandts speise sich laut Münkel aus einer Mischung von grundlegender Betonung der Wichtigkeit des transatlantischen Verhältnisses und der Bereitschaft, Widersprüche in den außenpolitischen Konzeptionen klar zu benennen. Das Fehlen einer Lösungsstrategie seitens der USA für Deutschland eröffnete Spielräume für Ansprüche, die, von Brandt formuliert, grundlegend auf ein positives Echo in den USA gestoßen seien. Unter der Präsidentschaft Nixons habe das Verhältnis nicht weiter verbessert werden können, es seien Vorbehalte gegen das neugefundene deutsche Selbstvertrauen und Ablehnung gegenüber der Person Brandt hinzugetreten, wie Schaefer betonte. Längerfristig könne man von einer Lockerung des transatlantischen Verhältnisses sprechen, unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung hin zu einer kritischen Beziehung.

Die Untersuchung des Godesberger Programms löste auf besonders anschauliche Weise den Anspruch ein, transnationale Berührungspunkte der SPD und USA zu erforschen. JULIA ANGSTER (Mannheim) beschrieb eindringlich die Bedeutung der Beziehungen zwischen den Arbeiterbewegungen beiderseits des Atlantiks und betonte ihre Thesen in den Rahmen des Konzepts der

‚Westernisierung‘ ein. Dabei müsse die Entwicklung der SPD weg von einer den Sozialismus betonenden Klientelpartei hin zu einer linken Volkspartei, verbunden mit einem Bekenntnis zu westlichen Werten, gesehen werden. Diese wiederum könnten nicht als allein von Amerika inspiriert bezeichnet werden, vielmehr verbanden sich nach Angster demokratiethoretische und keynesianische Deutungsmuster mit Traditionen der deutschen Sozialdemokratie zu einem neuen Verständnis der eigenen Rolle. Diese Westernisierung habe zugleich die BRD als System stabilisiert. In der Diskussion wurde ergänzend herausgearbeitet, dass sich die „Westernisierung“ von SPD (und Gewerkschaften) nicht nur auf den Einfluss der Remigranten aus den USA und auf die Initiativen der US-Gewerkschaften zurückführen lasse, sondern dass auch die Erfahrung vor allem des britischen und des skandinavischen Exils von Bedeutung waren.

JAN HANSEN (Berlin) knüpfte in seiner Fragestellung direkt an die zuvor beschriebenen Entwicklungen an, indem er den der SPD in der Debatte um den NATO-Doppelbeschluss vorgeworfenen Antiamerikanismus infrage stellte. Demnach hätten sich zwei Traditionslinien, d.h. die Verpflichtung dem Frieden gegenüber und das Bekenntnis zum westlichen System, gegenübergestellt. Das Verhältnis zwischen SPD und USA sei durch die zum Teil erbittert geführten Auseinandersetzungen in eine Krise geraten. Überraschenderweise intensivierten sich aber gleichzeitig die transatlantischen Kontakte durch eine bis dato noch nicht gekannte Reisetätigkeit der SPD-Bundestagsfraktion. Für Diskussion sorgte insbesondere das Plädoyer Hansens für eine strikte „Historisierung“ des Vorwurfs des Antiamerikanismus, nach der es nicht darauf ankomme, die Angemessenheit dieses Vorwurfs zu erkunden, sondern allein seine diskursive Verwendung zu analysieren.

Der mit der Schröder-Ära einhergehende Konflikt zwischen Bush und dem Kanzler sei, DIE-

TER DETTKE (Washington, D.C.), unausweichlich gewesen. Zum einen traf die Bush-Administration auf die Zusage der uneingeschränkten Solidarität, zum anderen aber auf einen Bündnispartner mit einer differenzierten Sicht des Krieges gegen den Terror. Der Höhepunkt der Spannungen wurde mit dem klaren Nein Schröders zum Irak-Krieg eingeläutet und der Stigmatisierung Deutschlands und Frankreichs als „Altes Europa“. Zugleich wurden auch sozialdemokratische Vorbehalte gegenüber ‚amerikanischer Abenteuerpolitik‘ deutlich. Trotzdem sei erneut zu betonen, dass kein struktureller Bruch in den deutsch-amerikanischen Beziehungen heraufbeschworen worden sei.

In seiner Würdigung der Arbeit des Washingtoner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung stellte auch REINHARD SOHNS (Bad Honnef) auf die transatlantischen Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und USA ab. Für diese habe die Institution als „Botschaft“ in Washington Entscheidendes geleistet, insbesondere was die Wahrnehmung und Bekanntmachung sozialdemokratischer Positionen betreffe.

Die Tagung beschloss WOLFGANG TÖNNESMANN (Kaiserslautern) mit einer Betrachtung der Anleihen sozialdemokratischer Strategien im US-Wahlkampf. Vielfältige Instrumente seien adaptiert worden, wie Kampagnenstrategie, persuasive Kommunikation oder gezieltes *negative campaigning*. Allerdings gab es auch Anleihen in den Vereinigten Staaten. Dies gelte vor allem für die Lehre daraus, dass den Demokraten das Label der liberalen Politik kaum geholfen habe, Wähler zu gewinnen. Vielmehr habe es einer Neudefinition bedurft, hin zur Betonung des Progressiven. Allerdings sei die Frage aufzuwerfen, ob an dieser Stelle durch den Dritten Weg nicht zu viel Amerika Einzug gehalten habe.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es den Vortragenden gelang, ein breites und analytisch tiefes Panorama der Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Vereinigten Staaten zu zeichnen. Dabei stellte sich grundlegend die Per-

spektive der gegenseitigen Fremdheit als entscheidender Faktor für die Beurteilung der Qualität der wechselseitigen Beeinflussungen heraus. Daran anschließend lässt sich Folgendes formulieren. Unter transnationalem Blickwinkel erschienen die ‚fernen USA‘ deutschen Sozialdemokraten oftmals als Nation mit Vorbildcharakter und wurden als positive Folie zur Konkretisierung eigener Standpunkte verwendet. In Phasen erhöhter Verschränkung zeigte sich allerdings das konfliktive Potential der Beziehungen. Je näher die ‚Neue Welt‘ rückte, desto Fremder erschien sie zu vielen Zeiten den Sozialdemokraten. Der Tagungsband wird im Herbst erscheinen: Werner Kremp / Michael Schneider (Hg.), "Am Sternenbanner das Geschick der Arbeiterklasse". 150 Jahre Beziehungen zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den USA, Trier 2013.

Konferenzübersicht

Beatrix Bouvier: Amerika im Denken von Karl Marx

Andrew Zimmerman: From Class Struggle to Civil War. The Revolutionary Strategies of Marx and Engels

Jürgen Schmidt: „Die Republik mit dem Sternenbanner hat keine Bürger zweiter Klasse“. Wilhelm Liebknechts USA-Reise im transnationalen Kontext

Dieter K. Buse: Ein Blick nach Amerika: Karl Liebknecht, Carl Legien und Friedrich Ebert

Jens-Uwe Güttel: Empire of Liberty? Die deutschen Sozialdemokraten, die Vereinigten Staaten und der deutsche Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg

Moritz Rudolph: Vom Unwillen zur Macht. USA und SPD – zwei Zauderer der Hegemonie nach dem Ersten Weltkrieg

Thomas Welskopp: Fremde Kollegen. Die Beziehungen zwischen den deutschen und amerikanischen Gewerkschaften

Rainer Behring: „Freiheit ist ein Wert für sich – und Demokratie bedeutet mehr als alles ande-

re.“ Deutsche Sozialdemokraten im US-amerikanischen Exil: Aspekte ihres politischen Denkens vor und nach 1945

Max Reinhardt: USA-Bilder von SPD-Politikern zweier Generationen nach 1945. Eine biografische und habitushermeneutische Analyse

Wilfried Busemann: Saarländische Sozialdemokraten auf Amerikareise

Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie: Die Westernisierung von SPD und DGB

Daniela Munkel: Willy Brandt, die Ostpolitik und die USA

Bernd Schäfer: Nixon, Kissinger und ihr Bild von Willy Brandt und seiner Partei

Jan Hansen: Anti-Amerikaner? Die SPD, Ronald Reagan und der NATO-Doppelbeschluss

Dieter Dettke: Gerhard Schröder und George W. Bush

Reinhold Sohns: Eine sozialdemokratische Botschaft in Amerika: das Washington Office der Friedrich-Ebert-Stiftung

Wolfgang Tönnemann: Atlantic Crossings: Sozialdemokraten auf der Suche nach dritten und anderen neuen Wegen

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Werner Kremp. Review of „*Am Sternbanner das Geschick der Arbeiterklasse*“ 150 Jahre *Beziehungen zwischen deutscher Sozialdemokratie und den USA*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. February, 2013.

URL: <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=38448>



This work is licensed under a Creative Commons Attribution-Noncommercial-No Derivative Works 3.0 United States License.